

Antworten der SPD-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt auf die Wahlprüfsteine des Familienbundes im Bistum Magdeburg und im Land Sachsen-Anhalt

Themenbereich „Bildung“

Eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben hat gute Bildungschancen in allen Lebensphasen zur Voraussetzung. Von der frühkindlichen Bildung über die Schule, die Berufsausbildung und das Studium über die Bildung im Erwachsenenalter bis zur Seniorenbildung gilt es, eine lebensbegleitende Bildung zu ermöglichen und zu stärken.

1. *Entspricht das KiFöG Ihrer Auffassung dem Grundsatz der bildungspolitischen Teilhabe und welchen Veränderungsbedarf sehen Sie ggf.?*

Jedes Kind in Sachsen-Anhalt hat bis zur Versetzung in den 7. Schuljahrgang Anspruch auf einen Platz in einer Kindertagesstätte. Wir denken, dass mehr Bildungsgerechtigkeit hergestellt werden kann, wenn nicht zwischen Kinder, deren Eltern berufstätig und deren Eltern erwerbslos sind, unterschieden wird. Wir wollen im KiFöG daher den Anspruch auf ganztägige Betreuung für alle Kinder festschreiben.

Bildung, Betreuung und Erziehung sind wichtig, um Kinder vor Armut zu schützen und ihnen Zukunftschancen zu eröffnen. Denn in einem Land, in dem ein großer Teil der Kinder in Armut lebt, müssen die Weichen gerade für sozial benachteiligte Kinder in Richtung einer besseren Integration gestellt werden. Wir denken, dass das durch einen Anspruch auf ganztägige Bildung, Betreuung und Erziehung für alle Kinder unabhängig vom Status der Beschäftigung ihrer Eltern, besser möglich wird.

2. *Wie werden Sie die Bildungschancen an Schule für alle Kinder und Jugendliche, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft, verbessern? Wie wollen Sie zukünftig die Schulsozialarbeit in Sachsen-Anhalt erhalten?*

Es wird künftig darauf ankommen, das Schulsystem so zu verändern, dass am Ende der Schulzeit nicht erst dafür gesorgt werden muss, die Anschlussfähigkeit von ca. 28 Prozent der Schulabgänger, die die Schule mit einem Zeugnis unterhalb des Realschulabschlusses verlassen, zu verbessern. Diese Jugendlichen haben faktisch kaum Chancen auf dem Ausbildungs- bzw. Arbeitsmarkt. Vor diesem Hintergrund müssen wir unser Bildungspotential besser ausschöpfen. Es wäre unverantwortlich, zu sagen, dass alles so bleiben soll, wie es ist.

Der Bildungskonvent hat mit seinen ca. 100 Einzelempfehlungen den Reformbedarf unseres Schulsystems klar aufgezeigt. Für die SPD sind die Empfehlungen des Konvents eine klare Orientierung für unsere künftige Bildungspolitik. In der neuen Legislaturperiode wird es darum gehen, die Empfehlungen mit Leben zu erfüllen und auszugestalten.

Im Hinblick auf die Schulstruktur empfiehlt der Konvent eine weitere Öffnung des Schulsystems für längeres gemeinsames Lernen. Das werden wir aufgreifen. Wir wollen ergänzend zum bestehenden Schulsystem mit der Gemeinschaftsschule ein neues Schulangebot unterbreiten. Die Gemeinschaftsschule soll nicht von oben verordnet werden, sondern auf freiwilliger Basis entstehen. Wenn Eltern, Schüler, Lehr-

kräfte und Schulträger das möchten, können bestehende Schulen in Gemeinschaftsschulen umgewandelt werden. An der Gemeinschaftsschule sollen alle Abschlüsse, einschließlich des Abiturs, erworben werden können. Die Gemeinschaftsschule verbessert Bildungschancen, indem die Entscheidung über den weiteren Bildungsweg nicht mehr nach dem Jahrgang 4 erfolgt, bietet im angestrebten Ganztagsbetrieb vielfältige Möglichkeiten der individuellen Förderung und sie verkürzt Schulwege, da an ihr alle Abschlüsse erworben werden können.

Darüber hinaus wollen wir die freie Elternentscheidung bei der Wahl des weiteren Bildungsganges nach dem vierten Schuljahrgang wieder einführen und den auf den Hauptschulabschluss bezogen Unterricht aufheben - im Übrigen auch eine Forderung des Bildungskonvents. Die Möglichkeit zur Erlangung eines Hauptschulabschlusses bleibt bestehen. Die gegenwärtige Form der äußeren Differenzierung in Haupt- und Realschulklassen/-gruppen entspricht weder den demografischen Rahmenbedingungen vieler kleiner Sekundarschulen noch den Bildungsbedürfnissen der Schülerinnen und Schüler. Viel zu oft werden Jugendliche mit der Zuweisung in Klasse 7 in eine Bildungssackgasse geführt. Das gemeinsame Lernen im Sekundarschulbildungsgang bietet allen Schülerinnen und Schülern die Chance, den mittleren Abschluss zu erreichen. Die bisher für die abschlussbezogenen Lerngruppen eingesetzten Lehrerstunden bleiben den Schulen für unterschiedliche Formen der individuellen Förderung im vollen Umfang erhalten.

Wir sind bestrebt, die Schulsozialarbeit, auch über den EU-Förderzeitraum bis 2013 hinaus, als einen festen Bestandteil der schulischen Arbeit zu etablieren.

3. Wie sehen Sie die Rolle von Eltern im Bildungsprozess und was werden Sie tun, um Eltern- und Familienbildung zu stärken?

Grundsätzlich obliegt die Pflege und Erziehung der Kinder den Eltern. Gleichwohl muss es im Interesse der Allgemeinheit sein, die Basis für ein gutes Aufwachsen zu legen. Die Eltern haben im Bildungsprozess ihrer Kinder eine große Verantwortung. Sie üben eine Vorbild- und Beaufsichtigungsfunktion aus. Sie leben Dinge vor, die in der Regel von den Kindern übernommen werden.

Es reicht allerdings nicht aus, die gesamte Verantwortung für den künftigen Bildungsweg der Kinder allein auf die Eltern abzuladen. In einer Verantwortungsgemeinschaft tragen neben den Eltern, die Großeltern, Verwandte und Freunde zur Wissensvermittlung bei. Das gilt sowohl für den direkten Wissenstransfer als auch für die Gemeinschaft bestimmenden Wertvorstellungen. Wissensvermittlung allein, ohne das Erlernen sozialer Kompetenzen wie Empathie, Verantwortung für Einander, Solidarität mit Schwächeren, Konfliktlösungsmöglichkeiten reicht nicht aus, um die Kinder auf das Leben vorzubereiten.

Die Schule ihrerseits muss bestimmte Entwicklungen unterstützen und verstärken bzw. wenn nötig auch bestimmten Entwicklungen entgegen wirken. Dazu bedarf es eines Schulsystems, das die sozialen Unterschiede der Elternhäuser nicht noch zementiert, sondern gleiche Bildungschancen eröffnet.

Darüber hinaus wollen wir die Mitwirkungsrechte von Eltern und Schülern in der Schule stärken. Dadurch sollen u. a. die Eltern stärker in Entscheidungsprozesse an

der Schule eingebunden werden. Das trägt wiederum zu einer stärkeren Identifikation mit der Lebenswelt der Kinder bei.

4. Wie werden Sie die allgemeine Erwachsenenbildung im Rahmen des Erwachsenenbildungsgesetzes stärken?

Grundsätzlich werden wir uns dafür einsetzen, dass die im Landeshaushalt eingestellten Mittel zur Förderung der Erwachsenenbildung mindestens verstetigt werden. Darüber hinaus werden wir die Rahmenbedingungen für die Erwachsenenbildung so gestalten, dass regional ausgewogene Bildungsangebote gesichert werden und der Zugang zu diesen Angeboten allen Menschen offen steht. Ein besonderes Augenmerk kommt dabei der Vernetzung und Kooperation der regionalen Bildungsangebote zu.

Themenbereich „Arbeitsmarkt / Existenzminimum“

Aus christlicher Sicht ist das Menschenrecht auf Arbeit unmittelbarer Ausdruck der Menschenwürde. Dies verpflichtet alle gesellschaftlichen Kräfte zu den größtmöglichen Anstrengungen, um die Beteiligung an der Erwerbstätigkeit zu gewährleisten.

1. Wie sollten aus Ihrer Sicht Teilbildungsangebote für nicht vermittelbare Männer und Frauen aussehen?

Wir brauchen, trotz der nach wie vor relativ guten Lage auf dem Arbeitsmarkt und der wieder anziehenden Konjunktur, mehr und bessere Arbeitsangebote auf dem Arbeitsmarkt für diejenigen, die derzeit auf dem ersten Arbeitsmarkt keine Beschäftigung finden. Ohne öffentlich geförderte Beschäftigung werden wir die Zahl der Langzeitarbeitslosen nicht nachhaltig senken können. Ziel muss es sein, anständige Arbeitsplätze zu schaffen und Menschen ein auskömmliches Einkommen zu ermöglichen. Zwangsmaßnahmen mit dem Ziel, letztlich die Regelsätze für das Existenzminimum weiter abzusenken, Mindestlöhne zu verhindern und die Lohndruckerfunktion des Armutslohn-Sektors weiter zu verstärken, sind mit unserem Verständnis von Sozialstaat nicht zu vereinbaren und zudem wirtschaftspolitisch falsch.

Wir wollen deshalb in Sachsen-Anhalt alle Möglichkeiten nutzen, einen gemeinwohlorientierten Arbeitsmarkt zu installieren. Ziel hierbei ist es, langzeitarbeitslosen Menschen dauerhafte Perspektiven zu eröffnen. Klar ist für uns aber auch: Aus gemeinwohlorientierter Arbeit darf keine Konkurrenz zum ersten Arbeitsmarkt erwachsen.

Wir wissen, dass gemeinwohlorientierte Arbeit kein arbeitsmarktpolitisches Allheilmittel ist, sondern in ein von der SPD gewolltes Gesamtkonzept eingebettet werden muss. Es gibt viele gesellschaftlich sinnvolle Arbeiten, die ohne den Einsatz öffentlicher Förderung im Rahmen der gemeinwohlorientierten Arbeit nicht erbracht werden können. Es gilt deshalb, arbeitswillige Menschen und sinnvolle Tätigkeiten zusammenzubringen.

2. *Wie stehen Sie zur Frage eines Mindestlohnes und wie hoch sollte ein Mindestlohn sein, um einen ausreichenden Abstand zwischen Arbeitseinkommen und Transferleistungen zu gewährleisten?*

Niedriglöhne sind kein Zukunftsmodell für Sachsen-Anhalt. Wir wollen stattdessen gute Arbeit. Das heißt: Faire Löhne, von denen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie ihre Familien auskömmlich leben können, Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen, Stärkung der Tarifautonomie.

Der Erhalt bestehender und die Schaffung neuer Arbeitsplätze bleibt gerade vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung eine große Aufgabe. Dabei darf es in Zukunft aber nicht allein um das Angebot, sondern es muss auch um die Qualität von Arbeitsplätzen gehen. Auch wenn das Land, außer im Bereich der öffentlichen Beschäftigung und des öffentlichen Beschaffungswesens, keinen Einfluss auf die Entlohnung nehmen kann, muss für die Zukunft klar sein, dass die Fortsetzung einer Billiglohnstrategie, mit der das Land jahrelang um Investoren geworben hat, kontraproduktiv ist und nicht fortgesetzt werden kann. Im „Kampf um die Köpfe“ ist das Werben mit billigen Löhnen zum Standort- und Konkurrenznachteil geworden. Das wird besonders deutlich, wenn es gilt, Fachkräfte im Land zu halten und Familien eine Perspektive zu bieten.

Wir werden wieder ein Vergabegesetz mit Tariftreueklausel einführen, um sicher zu stellen, dass sich der Staat nicht am Lohndumping beteiligt. Und wir wollen weiter für flächendeckende Mindestlöhne kämpfen. Dabei haben branchenbezogene Mindestlöhne Vorrang, wenn sie über dem Mindestlohn liegen. Fehlen dafür die Voraussetzungen, soll ein gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro eingeführt werden. Mindestlöhne müssen in Ost- und Westdeutschland die gleiche Höhe haben.

3. *Sind Sie der Auffassung, dass durch die Transferleistungen im Rahmen von Hartz IV eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben gewährleistet ist?*

Die Grundsicherung ist darauf ausgelegt, ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Wir halten es für notwendig, dass insbesondere Aufwendungen, die eine Teilhabe an der Gesellschaft ermöglichen, stärker bei der Berechnung der Hartz IV-Regelsätze berücksichtigt werden müssten. Auch dies war ein Grund, warum die SPD intensiv mit der Bundesregierung nachverhandelt und dabei auch Erfolge erzielt hat. Dennoch ist es wichtig, vor allem Kindern und Jugendlichen, aber auch Erwachsenen, die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.

Themenbereich „Umwelt“

Die Bewahrung der Schöpfung beinhaltet auch die Erhaltung und Schaffung von gesunden Lebensbedingungen und Erholungsräumen für die Menschen.

1. *Welche Prioritäten setzt Ihre Partei bei der wirtschaftlichen Erschließung unseres Bundeslandes?*

Wir haben in dieser Wahlperiode einen neuen Landesentwicklungsplan aufgestellt, in dem unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit viele innovative Ansätze für die wirtschaftliche Erschließung unseres Bundeslandes enthalten sind. Der Landesentwicklungs-

plan dient als Grundlage für Fachplanungen und wird in den kommenden Jahren umgesetzt.

Die wirtschaftliche Erschließung unseres Landes muss unter sozialen und ökologischen Aspekten ausgewogen erfolgen. Die bestehenden Wirtschaftszweige, sind in ihren Bemühungen einer zukunftsfähigen Entwicklung zu unterstützen. Dies betrifft die Chemische Industrie oder den Maschinenbau genauso, wie die Ernährungswirtschaft.

Die SPD wird sich weiterhin insbesondere für den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien einsetzen. Hier liegt ein großes Potential sowohl für die Menschen, die in dieser Branche Arbeit finden, als auch für die Umwelt, die dadurch weniger belastet wird. Auch in innovativen Antriebssystemen, wie dem Elektromotor und der Brennstoffzelle sehen wir enorme Entwicklungspotenziale, die wir unterstützen wollen.

2. Wie setzt sich Ihre Partei für die Erhaltung einer in Deutschland einzigartigen Landschaft ein (Ausbau A 14, Neubau Saale-Kanal)?

Wir haben in dieser Wahlperiode in Hinblick auf die Erhaltung unserer Kulturlandschaft viel auf den Weg gebracht, an dem wir kontinuierlich weiter arbeiten wollen. Dies betrifft zum Beispiel den Landesentwicklungsplan, die Strategie zur Erhaltung der Biologischen Vielfalt, das Konzept Bildung für nachhaltige Entwicklung oder das neue Klimaschutzprogramm. Weiterhin gilt es, eine Reihe von EU-Vorgaben umzusetzen, wie z.B. Natura 2000 oder die Wasserrahmenrichtlinie.

Die SPD steht zur Nordverlängerung der A 14. Damit wird der mitteldeutsche Raum durch eine leistungsfähige Straßenanbindung an die Nord- und Ostsee gestärkt und für die Altmark werden die Entwicklungspotenziale in wirtschaftlicher Hinsicht verbessert. Bei der Umsetzung des Straßenbauprojektes ist darauf zu orientieren, dass die Auswirkungen auf die Umwelt möglichst minimiert werden.

Dem Bau des Saale-Seiten-Kanals stehen wir kritisch gegenüber, da die Wirtschaftlichkeit bezweifelt wird und die Schiffbarkeit durch stark schwankende Wasserstände aufgrund des Klimawandels in Frage steht.

3. Gibt es in Ihrer Partei Vorstellungen oder Pläne für ein einheitliches Verkehrswegekonzzept für unser Bundesland?

In dieser Wahlperiode haben wir den Landesverkehrswegeplan, den Radverkehrsplan und das Logistikkonzept des Landes auf den Weg gebracht.

Eine hohe Mobilität ist eine der Voraussetzungen für die Wirtschaftsentwicklung unseres Landes und damit unseres künftigen Wohlstands. Die Optimierung des Verkehrssystems in Sachsen-Anhalt und seine Einbindung in das nationale und europäische Gesamtverkehrssystem ist Ziel unserer Politik. Sachsen-Anhalt kann und soll eine zentrale Logistikkreuzung in Mitteleuropa werden.

Eine nachhaltige Verkehrspolitik muss darüber hinaus einen wichtigen Beitrag zur Minderung des Klimawandels leisten und durch die Sicherung der Daseinsvorsorge im Kontext des demographischen Wandels zum regionalen Zusammenhalt beitragen.

Um dieses Ziel zu erreichen, wollen wir ein integriertes Verkehrskonzept, das die Vielzahl der einzelnen Konzepte in Sachsen-Anhalt auf den Prüfstand stellt und zusammenführt.

4. Welche Schwerpunkte setzt Ihre Partei in der Umweltpolitik für Sachsen-Anhalt?

Wir haben in den vergangenen Jahren eine ganze Reihe von Programmen und Maßnahmen auf den Weg gebracht, die wir kontinuierlich weiter entwickeln und abarbeiten wollen.

Diese betreffen insbesondere die Erhaltung der biologischen Vielfalt, die Herstellung eines guten Gewässerzustandes, die Beseitigung von Altlasten, den Bodenschutz, den Emissionsschutz und den Klimaschutz.

So sollen z.B. zur Umsetzung der Strategie zur Erhaltung der biologischen Vielfalt Artenschutzkonzepte erstellt werden. Der gute Gewässerzustand soll durch die Umsetzung der Bewirtschaftungspläne entsprechend der Wasserrahmenrichtlinie erfolgen und der Emissionsschutz durch die Ausweisung von Umweltzonen verbessert werden.

Einen großen Wert legt die SPD auf Umweltbildung. Hier wollen wir dazu beitragen, dass die einzelnen Akteure gestärkt und besser vernetzt werden.

In der Ausweisung von Biosphärenreservaten sehen wir eine vorzügliche Möglichkeit, das Leitbild Mensch und Biosphäre zu leben und wollen dies durch Pilotprojekte unterstützen. Wir wollen in der kommenden Wahlperiode die UNESCO-Anerkennung für das Biosphärenreservat Karstlandschaft erreichen und den Drömling als Biosphärenreservat nach Landesrecht ausweisen.

Themenbereich „Migration und Integration“

Eine gelingende Integrationspolitik kann nur stattfinden, wenn es eine konstruktive Zusammenarbeit von staatlichen und gesellschaftlichen Akteuren gibt.

1. Wo sieht Ihre Partei Arbeitsschwerpunkte in der aktuellen Integrationspolitik Sachsen-Anhalts?

Eine wichtige Voraussetzung für die Integration ist, die Kinder mit Migrationshintergrund so schnell wie möglich in die Gesellschaft zu integrieren. Wichtig ist dazu der Erwerb der deutschen Sprache. Mit der Einführung der Sprachstandsfeststellung und der ggf. notwendigen Sprachförderung in Kindertageseinrichtungen finden die Kinder hier in Sachsen-Anhalt sehr gute Bedingungen vor. Neben der professionellen Hilfe und Unterstützung erlernen sie vor allem durch den Umgang mit den anderen Kindern die deutsche Sprache.

Auch der weitere Ausbau der Kindertageseinrichtungen zu Kinder-Eltern-Zentren stellt für Kinder mit Migrationshintergrund und ihre Familien eine gute Möglichkeit dar, in Sachsen-Anhalt heimisch zu werden.

Unabhängig von ihrer Herkunft wollen wir für alle Kinder im Land den gleichen Zugang zu Bildungsangeboten. Wir sind der Meinung, dass mit einem längeren gemeinsamen Lernen die Chancen für einen erfolgreichen Bildungsabschluss steigen. Dafür sollen neben den anderen Schulformen auf freiwilliger Basis Gemeinschaftsschulen möglich sein, die Kindern egal welcher Herkunft alle Bildungswege bis zum Abitur eröffnen.

Mit Empfehlungen für die Schulen werden den Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund verschiedene Förderungen wie die Berücksichtigung ihrer Belange im schulinternen Lehrplan, die Intensivierung der Unterrichtsangebote im Fach Deutsch, eine verbesserte Lehrerinnen- und Lehrerbildung und -fortbildung, eine Verstärkung der Zusammenarbeit mit den Eltern und die Zusammenarbeit mit lokalen Netzwerken für Integration zu teil, damit wirkliche Integration so gut wie möglich gelingen kann.

Durch gezielte arbeitsmarktpolitische Fördermaßnahmen und eine Verbesserung der Anerkennung ausländischer Abschlüsse soll ein gleichberechtigter Zugang zu Ausbildung und Arbeitsmarkt möglich sein. Die Kompetenzen und Potenziale zugewandelter Menschen in Sachsen-Anhalt wären damit besser nutzbar. Das im Bund geplante Anerkennungsgesetz wollen wir zügig in Sachsen-Anhalt umsetzen. Dies ist ein Beitrag zu mehr Chancengleichheit ebenso wie zur Sicherung der Fachkräftebasis und zur demografischen Stabilisierung unseres Landes.

2. Was haften Sie von einer konstanten Forderung der Beratungsstrukturen Im Bereich Migration und Integration? Wären Sie bereit sich dafür einzusetzen?

Integration ist ein umfassender gesellschaftlicher Prozess, der nur gelingen kann, wenn viele Menschen im Alltag daran mitwirken. Gesellschaftliche Initiativen, Vereine und Verbände sind unerlässlich als Multiplikatoren und Motoren für eine weltoffene und tolerante Gesellschaft.

Weil Integration vom aktiven Engagement der Zugewanderten ebenso abhängt wie von der Offenheit der Aufnahmegesellschaft haben Migrantenselbstorganisationen eine Schlüsselrolle im Integrationsprozess. Sie sind gleichermaßen Interessenvertreter, Brückenbauer und Partner im Integrationsprozess und auch diese werden in ihrer Arbeit unterstützt.

Wir werden in der Gesamtdiskussion um die Zukunft und die längerfristige Finanzierung von Beratungsstrukturen auch die Beratungsbereiche Migration und Integration einbeziehen. Bei allen Überlegungen zu einer zukünftigen Beratungslandschaft müssen die veränderten Strukturen und die unterschiedlichen Vorortbedingungen Berücksichtigung finden.

Wir halten vor allem gerade mit Blick auf eine verantwortungsvolle Politik (jenseits aller Versprechungen für alles und jedermann) Investitionen in Präventionsangebote für wichtig. Das trifft auch für den Bereich der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund zu. Deshalb wollen wir auch für die Beratungsstrukturen eine verlässliche und unbürokratische Finanzierung.

3. *Welchen Stellenwert messen Sie den landesweit agierenden Netzwerkstrukturen (wie z.B. Bündnis für Zuwanderung und Integration, den Runden Tisch gegen Ausländerfeindlichkeit und das Landesnetzwerk der Migrantenselbstorganisationen) bei?*

Integration ist ein umfassender gesellschaftlicher Prozess, der nur gelingen kann, wenn viele Menschen im Alltag daran mitwirken. Gesellschaftliche Initiativen, Vereine und Verbände sind unerlässlich als Multiplikatoren und Motoren für eine weltoffene und tolerante Gesellschaft.

Das Bündnis für Zuwanderung und Integration in Sachsen-Anhalt e.V. betrachten wir als wichtigen Kooperationspartner für eine engagierte Integrationspolitik, gelebte Vielfalt und aktive Zuwanderungspolitik.

Der Runde Tisch gegen Ausländerfeindlichkeit ist insbesondere in seinem Engagement für Flüchtlinge ein unersetzbarer Partner, der die konkrete Lebenssituation von Flüchtlingen - Unterbringung, Aufnahme, Beratung, Angebote – unter die Lupe nimmt und in seinen Anhörungen Anregungen für eine menschenrechts-orientierte Verbesserung der Lebenssituation von Flüchtlingen gibt.

Das Landesnetzwerk der Migrantenselbstorganisationen (LAMSA) sehen wir als die Interessenvertretung der Zugewanderten in Sachsen-Anhalt und damit wichtigsten Ansprechpartner des Landes, wenn es um die Interessen der Zugewanderten, um zielgenaue und Erfolg versprechende Integrationsangebote geht. Die Arbeit des Netzwerkes soll auch weiterhin fortgeführt und gestärkt werden. Mit allen drei Akteuren sind wir in den letzten Jahren im Gespräch gewesen. Ihre Anregungen und Hinweise werden wir auch künftig benötigen. Einen regelmäßigen Austausch halten wir daher für notwendig. Künftig sollte noch stärker darauf geachtet werden, dass die Akteure zu ausländerrechtlichen und integrationspolitischen Gesetzesvorhaben und Programmen angehört werden.

Darüber hinaus fördert das Land eine Vielzahl an Projekten zur Integration, interkulturellen Begegnung und Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit.

4. *Wie steht Ihre Partei zur Rückführung von Roma in den Kosovo?*

Die SPD hat das von Bundesinnenminister de Maizièr unterzeichnete „Rückführungsabkommen für ausreisepflichtige Personen“, welches Grundlage für die Abschiebung von etwa 10.000 Roma in das Kosovo ist, kritisiert. Aus unserer Sicht leben Roma in weiten Teilen des Kosovo sowohl unter dem Druck, ihre traditionelle Lebensweise aufgeben zu müssen, als auch zum Teil unter der Gefahr von rassistischen Übergriffen. Die SPD Sachsen-Anhalt wird sich daher dafür einsetzen, dass im Zuge möglicher Abschiebungen aus Sachsen-Anhalt gründliche Einzelfallprüfungen mit dem Ziel der Vermeidung individueller oder familiärer Härten vorgenommen werden. Wir wollen die Ausschöpfung aller landesrechtlichen Möglichkeiten, damit keine Abschiebungen in ungesicherte Gebiete erfolgen. Die Härtefallkommission des Landes Sachsen-Anhalt leistet hierzu einen wesentlichen Beitrag.

Themenbereich „Demographie“

Der demographische Wandel hinterlässt auch in Sachsen-Anhalt seine Spuren. Der Anteil älterer Menschen zur Gesamtbevölkerung nimmt kontinuierlich zu. Der Wunsch älterer Menschen nach selbst bestimmter und gesellschaftlicher Teilhabe spiegelt sich auch darin wider, so lange wie möglich in den eigenen vier Wänden zu wohnen, ohne den Anschluss an das Leben zu verlieren. Gerade im ländlichen Raum Sachsen-Anhalts treffen wir mitunter auf prekäre Einwohnerstrukturen.

1. *Wie wollen Sie einen qualitativ hochwertigen Nahverkehr auch in Zukunft gewährleisten, der die Wünsche älterer Menschen nach einer angepassten Mobilität einschließt?*

Die demografische Entwicklung führt dazu, dass die Bevölkerung in Sachsen-Anhalt nicht nur abnimmt, sondern dass die Gesellschaft auch älter wird. Um den damit verbundenen Anforderungen im ÖPNV gerecht zu werden, ist die Barrierefreiheit durchgängig zu gewährleisten. Auch die Lage und Entfernungen von Haltestellen im Linienverkehr sind den Bedürfnissen anzupassen.

Insgesamt ist eine älter werdende Gesellschaft stärker auf die Mobilität mit öffentlichen Verkehrsmitteln angewiesen. Insofern müssen Dienstleistungen des ÖPNV angepasst, flächendeckend und bedarfsorientiert bereitgestellt werden. Mit dem Seniorenticket unterbreiten wir zudem ein preislich attraktives Angebot, welches wir beibehalten wollen.

Im Rahmen der Revision des Regionalisierungsgesetzes ist deutlich hervorzuheben, dass die Bereitstellung von Bundesmitteln für den ÖPNV mit Bus und Bahn zur Wahrnehmung der Daseinsvorsorge angemessen erfolgen muss.

2. *Welche Überlegungen haben Sie, um die Mobilität von älteren Menschen gerade auch im ländlichen Bereich zu verbessern?*

In Ergänzung zur Beantwortung der vorhergehenden Frage, werden für den ländlichen Raum zusätzliche Angebote auf der Ebene von Modellprojekten entwickelt und getestet. So hat sich das Modellprojekt Einkaufsbus Jessen bisher als sinnvolle Ergänzung zum Linienverkehr erwiesen und soll entsprechend beibehalten und ausgebaut werden. Auch alternative Bedienformen, wie den Bürgerbus oder das Ruftaxi, wollen wir als Ergänzung zum Linienverkehr unterstützen.

3. *Welche Vorstellungen hat Ihre Partei, um durch wohnortnahe Angebote auch älteren Menschen eine funktionierende soziale und versorgerische Infrastruktur zu ermöglichen?*

Wir wollen eine wohnortnahe Infrastruktur für die Bereiche der sozialen Daseinsvorsorge (Bildung, Kultur, Sport, Gesundheitsbetreuung, ÖPNV) in allen Regionen des Landes sicherstellen.

Ältere Menschen wollen so lang wie möglich eigenständig ihr Leben gestalten. Dazu muss die soziale Infrastruktur sukzessive den Belangen und Bedürfnissen älterer

Menschen angepasst werden. Wir unterstützen den weiteren Ausbau barrierefreier Wohnungen und von Mehrgenerationenhäusern und befürworten neue Wohnformen für ältere Mitmenschen. Deshalb haben wir im letzten Jahr auf unsere Initiative hin das Wohn- und Teilhabegesetz verabschiedet.

Älter zu sein bedeutet aber nicht zwangsläufig, zum alten Eisen zu gehören. Die Menschen sind heute länger fit. Auf die Erfahrungen und Potenziale der älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger können wir gar nicht verzichten. Dazu bedarf es einer zielgerichteten Anpassung der Wohninfrastruktur und des Wohnumfeldes sowie geeigneter Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Mobilität. Rufbusse oder –taxen, mobile Bürgerbüros, Bibliotheks- und Kulturbusse oder ähnliches sind Möglichkeiten, die Mobilität zu erhalten.

Sachsen-Anhalt ist ein ländlich geprägtes Land mit der drittniedrigsten Bevölkerungsdichte Deutschlands. Das schafft gerade vor dem Hintergrund einer immer älter werdenden Bevölkerung gerade in Bezug auf die soziale und gesundheitliche Versorgung einige Probleme. So fehlen zum Beispiel schon heute Ärzte auf dem Land. Darauf hat das Land reagiert. Wir haben ein Stipendienprogramm für angehende Mediziner ins Leben gerufen, das darauf zielt, diejenigen zu fördern und zu unterstützen, die bereit sind, nach der Ausbildung sich für einen bestimmten Zeitraum in Sachsen-Anhalt niederzulassen.

Medizinische Versorgungszentren und der Ausbau von Filialpraxen können ein weiterer Baustein für eine bessere Versorgung sein. Wir werden uns auch weiterhin für neue Modelle zur Versorgung der ländlichen Bevölkerung einsetzen. Die Fortbildung zu Praxisassistentinnen soll ausgebaut werden. Diese sind einer Praxis zugeordnet und suchen im Auftrag der jeweiligen Ärztin oder des jeweiligen Arztes die älteren Menschen regelmäßig zu Hause auf. Sie nehmen bestimmte Untersuchungen vor, sprechen mit den älteren Bürgerinnen und Bürgern und beurteilen den Allgemeinzustand der Patienten. In direkter Rückkopplung mit der Praxis können sie sofort Entscheidungen im Sinne des Patienten treffen.

Themenbereich „Demokratie“

Die Diskussionen in Deutschland um Großprojekte wie Stuttgart 21 oder Atomausstieg zeigen, dass die bestehende repräsentative Demokratie für viele Bürgerinnen und Bürger an Akzeptanz verliert. Fragen nach deren intensiverer Beteiligung bekommen in politischen Debatten einen höheren Stellenwert.

1. Wie stehen Sie zu möglichen Absenkungen für Quoren bei Volksbegehren und Volksentscheiden?

Die SPD-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt hat sich bereits im Jahr 2004 erfolgreich für eine Senkung der Quoren für Volksinitiativen und Volksbegehren ausgesprochen. Durch eine Änderung der Landesverfassung, die aus unserer Sicht insbesondere aufgrund der demographischen Entwicklung notwendig war, sind seither für die Zulassung einer Volksinitiative statt 35.000 noch 30.000 Unterschriften erforderlich. Für die Zulassung eines Volksbegehrens mit dem Ziel der Durchführung eines Volksentscheides bedarf es statt ehemals 250.000 Unterschriften nunmehr der Unterstützung von mindestens elf Prozent aller Wahlberechtigten in Sachsen-Anhalt

(derzeit ca. 220.000). Mit dieser Regelung ist dafür gesorgt worden, dass sich das Quorum für ein Volksbegehren an die demographische Entwicklung anpasst.

Im Rahmen der im Jahr 2004 im Landtag geführten Debatte hat die SPD-Fraktion im Übrigen deutlich gemacht, dass eine weitergehende Absenkung der Quoren durchaus wünschenswert ist.

2. Wäre aus Ihrer Sicht die Absenkung der Fünfprozenthürde ein Weg, um Minderheitenmeinungen mehr Gehör zu verschaffen?

Die bei Bundes- und Landtagswahlen im Verhältniswahlrecht grundsätzlich angewandte so genannte Fünf-Prozent-Klausel scheint geeignet, sowohl die Funktionsfähigkeit eines Parlamentes als auch die Widerspiegelung des politischen Willens der Wähler angemessen zu gewährleisten. An dieser Regelung wollen wir auch im Wissen um den verfassungsrechtlich garantierten Schutz von Minderheiten festhalten.

Durch die rasante Entwicklung in der Kommunikations- und Informationstechnologie gelingt es Parteien und Wählergruppen heutzutage besser den je, ihre politischen Auffassungen und Forderungen einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Dies erleichtert es auch, dass sich Minderheiten(-meinungen) im Werben um politischen Einfluss bei Wahlen mehr Gehör verschaffen können und so ggf. auch im Parlament Berücksichtigung finden.

3. Sollten aus Ihrer Sicht weitere Elemente direkter Demokratie in der Landesverfassung Sachsen-Anhalts verankert werden? Welche Möglichkeiten sehen Sie konkret?

Zur parlamentarischen Demokratie gibt es keine Alternative. Sie sollte jedoch durch Formen direkter Demokratie sinnvoll ergänzt werden. Die SPD hat in diesem Zusammenhang eine Zukunftswerkstatt „Demokratie und Freiheit“ ins Leben gerufen, welche bis zum Herbst dieses Jahres Vorschläge für weitere Elemente direkter Demokratie im Grundgesetz bzw. in den Landesverfassungen erarbeitet. Die SPD Sachsen-Anhalt wird sich mit den Ergebnissen ausführlich auseinandersetzen und prüfen, wie eine konkrete Umsetzung in Sachsen-Anhalt realisiert werden kann.